

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bärbel Bas, Angelika Graf, Mechthild Rawert, Elke Ferner, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Dr. Edgar Franke, Ute Kumpf, Dr. Karl Lauterbach, Steffen-Claudio Lemme, Hilde Mattheis, Thomas Oppermann, Dr. Carola Reimann, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Prävention und Bekämpfung von HIV und AIDS in Deutschland

Drei Jahrzehnte intensiver medizinischer Forschung und erfolgreicher Präventionsarbeit haben dazu geführt, dass HIV/AIDS in Deutschland ein neues Gesicht bekommen hat. Aus einer unmittelbar tödlichen Krankheit ist nach und nach eine schwere chronische Erkrankung geworden, die sich über eine große Lebensspanne hinweg behandeln lässt. HIV-Positive haben heute statistisch annähernd die gleiche Lebenserwartung wie HIV-Negative. Darüber hinaus hat sich ein breites Netzwerk an Selbsthilfeorganisationen, Stiftungen und Verbänden herausgebildet, welches tief in der Gesellschaft verankert ist und Betroffene und deren Angehörige unterstützt. Die Aufklärung der deutschen Bevölkerung über die Ansteckungsgefahr und den Schutz vor einer HIV-Infektion ist vorbildlich in ganz Europa. Die Neuinfektionsrate ist eine der niedrigsten weltweit. Doch dürfen diese Erfolge die ca. 73.000 HIV-infizierten Menschen und die zuletzt 2.700 jährlichen Neuinfektionen in Deutschland keinesfalls vergessen machen.

Im Gegenteil: Unsere Gesellschaft darf die Krankheit AIDS und die Gefahren einer HIV-Infektion nicht auf die leichte Schulter nehmen, das würde alle bisherigen Erfolge gefährden. Wir beobachten, dass in den Risikogruppen die Bereitschaft immer noch zu hoch ist, auf wirksame Verhütungsmethoden zu verzichten. Außerdem infizieren sich immer noch zu viele Drogenabhängige, insbesondere im Strafvollzug, etwa durch die Verwendung von unsauberem Spritzenbesteck. In unserer Nachbarschaft, jenseits der EU-Außengrenze in Osteuropa, in den GUS-Staaten und in Russland hat die Epidemie noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht. Geschätzte 1,5 Mio. HIV-Positive leben heute laut UNAIDS in Osteuropa und Zentralasien. Neben dem humanitären Aspekt gibt es in der globalisierten Welt mehr als genug handfeste Gründe, warum wir unseren Nachbarn bei der Prävention und der Bekämpfung von HIV und AIDS helfen sollten.

Den Gewöhnungseffekten und dem abnehmenden Gefahrenbewusstseins müssen wir entschlossen begegnen, HIV/AIDS ist weiterhin nicht heilbar. Dazu müssen wir in der Aufklärung neue Wege betreten. Es ist uns gelungen, die HIV-Inzidenz zu stabilisieren, seit 2007 ist der Epidemieverlauf rückläufig. Damit die Anzahl an Neuerkrankungen weiter sinkt, sind besondere Anstrengungen bei Risikogruppen gefragt, die bisher kaum oder gar nicht erreicht wurden.

Der Bericht der Bundesregierung zum Aktionsplan zur Umsetzung der HIV/AIDS-Bekämpfungsstrategie (HIV/AIDS-Aktionsplan) lässt nicht erkennen, dass die Bundesregierung seit dem Jahr 2009 neue Akzente gesetzt oder Ideen zur HIV/AIDS-Bekämpfung eingebracht hat. Viele der im Aktionsplan genannten Ziele lassen sich aber ohne neue Ansätze kaum erreichen.

Vor diesen Hintergründen sind die Haushaltskürzungen der Bundesregierung bei der Aufklärung und Bekämpfung von HIV/AIDS fatal und unverantwortlich. So bleibt wenig Spielraum, die Präventionskampagnen etwa an die Bedingungen des längeren Lebens mit HIV/AIDS anzupassen und die schwer zu erreichenden Bevölkerungsgruppen besser zu erreichen. Auch neue Entwicklungen, wie beispielsweise der Umgang von Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten mit dem Thema HIV/AIDS, müssten berücksichtigt werden. Unser gemeinsames Ziel war, ist und bleibt, die Bekämpfung von HIV und AIDS in Deutschland intensiv und mit aller Entschlossenheit fortzuführen.

Wir fragen die Bundesregierung:

Entwicklung von HIV und AIDS in Deutschland

1. Wie hat sich die Zahl der HIV-Neudiagnosen seit dem Bericht der Bundesregierung zum Stand der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Deutschland (BT-Drs. 17/2058) entwickelt?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklungen?
3. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den HIV-Neudiagnosen bei der Risikogruppe der Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), und zur Veränderung im Risikoverhalten der Gruppe vor?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklungen?
5. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Einschätzung des Robert-Koch-Instituts aus dem Bericht zum Stand der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Deutschland (BT-Drs. 17/2058) vor, dass der Anstieg der HIV-Neudiagnosen in der Gruppe MSM auf eine erhöhte Testbereitschaft bei Personen mit zum Teil lange zurück liegenden Infektionen zurück zu führen ist?
6. Hat die Bundesregierung das Ziel ihres HIV/AIDS-Aktionsplans erreicht, den Anstieg der Neuinfektionen in der Gruppe MSM aufzuhalten und den Trend umzukehren, und wenn ja, welche Maßnahmen waren nach Erkenntnis der Bundesregierung hierfür ausschlaggebend? Wenn nein, welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um den Anstieg der Neuinfektionen in dieser Gruppe aufzuhalten und den Trend umzukehren?
7. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Testbereitschaft und das Testverhalten in allen HIV-Risikogruppen vor?
8. Wie hat sich nach Kenntnisstand der Bundesregierung die Zahl der Ko-Infektionen mit anderen sexuell übertragbaren Infektionen (STI) entwickelt?
9. Welche Risikogruppen sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung besonders von Infektionen mit STI betroffen?
10. Welche neuen Erkenntnisse über ein steigendes HIV-Infektionsrisiko bei Infektionen mit anderen sexuell übertragbaren Krankheiten liegen der Bundesregierung vor und wie beurteilt sie diese Zusammenhänge?
11. In welcher Form und durch welche Maßnahmen reagiert die Bundesregierung auf den Zusammenhang einer steigenden Zahl von HIV-Infektionen und der Infektion mit Tuberkulose, vor allem den multiresistenten Formen, wird der Zusammenhang in Programmen und Projekten berücksichtigt?

Prävention und Aufklärung

12. Welche Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung von HIV/AIDS wurden und werden im kommenden Haushaltsjahr in den vergangenen 5 Jahren von der Bundesregierung aus Bundesmitteln unterstützt (bitte mit Beginn, Laufzeit und Kosten der Maßnahmen) und welche Einrichtungen, Strukturen, Vereine und Verbände aus diesem Bereich wurden und werden im kommenden Haushaltsjahr aus Bundesmitteln finanziell unterstützt?

13. Wie haben sich die Haushaltsmittel für Prävention und Aufklärung im Bereich HIV und Aids seit 2008 jährlich entwickelt und welche Mittel sind für 2013 vorgesehen?
14. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Aufwendungen der Bundesländer zur Prävention und Aufklärung von HIV/AIDS vor?
15. Welche der Maßnahmen und Projekte werden von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam finanziell unterstützt und in welchem Umfang?
16. Mit welchen Bundesländern ist die Bundesregierung im Gespräch, um zu erwirken, dass Prävention und Aufklärung gegen HIV/Aids auch in die jeweiligen Rahmenschulprogramme aufgenommen wird, um Jugendliche bereits frühzeitig dazu zu sensibilisieren, dass diese Erkrankung nach wie vor unheilbar ist?
17. Welche Public-Privat-Partnerships (PPP) auf dem Gebiet der Prävention und Bekämpfung von HIV/AIDS sind der Bundesregierung bekannt und an welchen ist sie selbst beteiligt?
18. Welche bestehenden PPP beabsichtigt die Bundesregierung weiterzuführen und wie viel Geld wird sie dafür in den Jahren 2012 und 2013 ausgeben?
19. Welche neuen PPP sind seit 2009 mit Beteiligung der Bundesregierung entstanden und wie viel Geld gibt die Bundesregierung dafür in den Jahren 2012 und 2013 aus?
20. Welche neuen Präventionsprogramme wurden seit 2009 und werden im kommenden Jahr von der Bundesregierung aufgelegt und welchen Präventionsansatz verfolgen sie?
21. Welche neuen Ansätze in der HIV/AIDS-Prävention wurden von der Bundesregierung seit 2009 und werden im kommenden Jahr unterstützt, die mit Hilfe des Austauschs über bewährte Maßnahmen mit Partnerländern oder internationalen Organisationen ("Best Practice") erlangt wurden?
22. Welche Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von HIV/AIDS nebst Ko-Infektionen mit STI hat die Bundesregierung seit 2009 initiiert oder finanziert?
23. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Übernahme des so genannten "Kölner Modells" durch die Gesundheitsämter oder Behörden anderer deutscher Städte oder Landkreise vor und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Ansatz?
24. Welche neuen Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie die Selbstverpflichtung der Anbieter von Orten sexueller Begegnung umgesetzt wird und wie beurteilt sie diese Selbstverpflichtungen hinsichtlich ihrer Ergebnisse?
25. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob und in welchem Umfang die Selbstverpflichtung eingehalten wird?

Versorgung

26. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuelle Lage der stationären Versorgung von HIV-Infizierten und AIDS-kranken Patienten in Deutschland und wie beurteilt sie diese?
27. Welche Unterschiede sind in der ambulanten und stationären Versorgung zwischen HIV-infizierten Frauen und Männern festzustellen?
28. Welche besonderen Projekte und Unterstützungsmaßnahmen sind der Bundesregierung für HIV-infizierte Frauen bzw. für Mütter bekannt und denkt sie an einen entsprechenden Ausbau der Hilfsangebote?
29. Welche Auswirkungen hatte die Umstellung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) 2008 auf die Behandlung von HIV-infizierten und AIDS-kranken Patienten?
30. Wie ist die ärztliche Weiterbildung im Umgang und Behandlung von HIV-infizierten und AIDS-kranken Menschen geregelt und wie beurteilt die Bundesregierung diese Regelungen?

31. Wie sind die pflegerischen Aus- und Weiterbildungen zum kompetenten Umgang mit HIV-infizierten Menschen in Deutschland auf Bundesebene geregelt?
32. Welche Defizite bei der konziliarärztlichen Versorgung von HIV-infizierten und AIDS-kranken Menschen in stationären Einrichtung mit DRG-Abrechnungsform sind der Bundesregierung bekannt und wie beurteilt sie diesen Bereich der Versorgung?
33. Welche Ergebnisse sind der Bundesregierung aus der Expertengruppe am Robert-Koch-Institut hinsichtlich der Überprüfung des Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer bekannt. Welche Veränderungen schlägt die Bundesregierung selbst vor?
34. Welche besonderen Projekte oder Unterstützungsmaßnahmen für HIV-infizierte und AIDS-kranke Frauen und Männer werden nach Kenntnisstand der Bundesregierung zusammen mit den Anbietern ambulanter und stationärer Pflegedienstleistungen entwickelt, sind in Planung oder sind bereits vereinbart worden?
35. Welche besonderen Projekte oder Unterstützungsmaßnahmen für schwerkranke und sterbende Menschen mit AIDS im Sinne der Hospizidee sind der Bundesregierung bekannt?
36. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen ohne Versicherungsschutz sind, im Falle einer HIV-Infektion oder einer AIDS-Erkrankung Zugang zum medizinischen Versorgungssystem haben und wie viel Menschen in welchen Lebenslagen sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung davon betroffen?
37. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Weigerung von Ärzten, HIV-Infizierte zu behandeln und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, dieses von Gesundheitsminister Bahr bei der Vorstellung der Kampagne zum Welt-Aids-Tag 2011 angesprochene Problem (u.a. [SZ vom 28.10.2011](#)) zu lösen?
38. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, wo Krankenkassen Kontakt zu an Aids erkrankten Frauen und Männern aufgenommen hat, um diese in andere Krankenkassen zu drängen? Was unternimmt die Bundesregierung gegen solche Praktiken?

Versorgung in Justizvollzugsanstalten

39. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen von Insassinnen bzw. Insassen von Justizvollzugsanstalten vor?
40. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der Ko-Infektionen von HIV-infizierten Insassinnen bzw. Insassen von Justizvollzugsanstalten mit STI vor?
41. Wie viele Insassinnen bzw. Insassen von Justizvollzugsanstalten werden derzeit nach Erkenntnissen der Bundesregierung wegen einer HIV-Infektion mit einer Kombinationstherapie behandelt, wie viele Insassinnen bzw. Insassen werden wegen einer Infektion mit einem Hepatitis-Virus behandelt und wie viele Insassen werden wegen einer Opioidabhängigkeit substituiert?
42. Wie viele Insassinnen und Insassen von Justizvollzugsanstalten sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung gemäß der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) gegen Hepatitis B geimpft und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der in den Justizvollzugsanstalten vorgenommenen Impfungen von Personal und Insassinnen und Insassen vor?
43. Wie viele Re-Infektionen mit Hepatitis sind der Bundesregierung bei austherapierten Patientinnen und Patienten bekannt, die inhaftiert werden?
44. Wie viele Kombinationstherapien, Hepatitis-Therapien und Substitutionsbehandlungen werden nach Erkenntnissen der Bundesregierung jährlich abgebrochen, weil die Patientinnen bzw. Patienten inhaftiert werden und welche Hindernisse stehen nach Auffassung der Bundesregierung einer Fortsetzung der Therapien in der Haft entgegen?

45. In wie weit wirkt die Bundesregierung auf die Bundesländer ein, den Schutz von Insassen und Insassen von Justizvollzugsanstalten vor HIV oder anderen Virusinfektionen zu verbessern beziehungsweise die die Weiterbehandlung von HIV-Infizierten, AIDS-Kranken, Hepatitis-Infizierten oder Drogensubstituierten sicherzustellen?

Forschung und Qualitätssicherung

46. Welche sektorübergreifenden Forschungsprojekte zu HIV/AIDS, wie sie in den Zielen (Aktion 6) des HIV/AIDS-Aktionsplans genannt werden, werden von der Bundesregierung gefördert und mit welchen Summen?
47. Wie gedenkt die Bundesregierung mit den im Zuge der Umsetzung des HIV/AIDS-Aktionsplans gewonnenen Daten, Ergebnissen und Folgerungen umzugehen und wie werden die Ergebnisse der Kohortenforschung aufbewahrt?
48. Welche konkreten Maßnahmen unabhängiger Forschung zur Bekämpfung von HIV/AIDS sind der Bundesregierung in Deutschland bekannt und wie werden diese von der Bundesregierung unterstützt?
49. Durch welche Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Forschung und Entwicklung von kindergerechten HIV Medikamenten?
50. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Qualität der staatlichen und nicht-staatlichen Präventionsmaßnahmen zu HIV/AIDS?
51. Wurde mit Unterstützung der Bundesregierung ein System entwickelt, mit dem sich die Qualität der staatlichen und nicht-staatlichen Präventionsmaßnahmen zu HIV/AIDS kontinuierlich überprüfen und ihre Qualität sichern lässt, wenn nicht, wann geschieht dies?
52. Wurde der Aufbau eines HIV/AIDS-Surveillancesystems beim RKI abgeschlossen und wie beurteilt die Bundesregierung die Erkenntnisse dieses HIV/AIDS-Surveillancesystems?

Internationale Zusammenarbeit

53. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der HIV-Infektionsraten und AIDS-Erkrankungen in Osteuropa, Russland und den anderen GUS Staaten und welche Auswirkungen haben diese auf die Situation in Deutschland und Mitteleuropa?
54. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der dreijährigen Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern zur HIV/AIDS-Bekämpfung und wie verlief die konkrete Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern in Osteuropa?
55. Wie stellt sich die Bundesregierung die Fortführung dieser Zusammenarbeit nach dem Ende der Finanzierung aus dem Bundeshaushalt vor und inwiefern plant die Bundesregierung mit ihren Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern die dauerhafte Fortführung der Präventionsmaßnahmen in Osteuropa, Russland und den anderen GUS Staaten?
56. Welche weiteren Kooperationsmaßnahmen zur Aufklärung und Prävention von HIV/AIDS in Osteuropa, Russland und den anderen GUS Staaten plant die Bundesregierung (bitte mit Angabe der vorgesehenen Haushaltsmittel) und mit welchen Partnerinnen und Partnern?
57. Welche Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV und AIDS in den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, Osteuropa, Russland und den anderen GUS Staaten werden von der Bundesregierung auf EU-Ebene unterstützt und in welcher Form kommt die Bundesregierung den im Rat der Europäischen Union in der Erklärung zum Welt- Aids-Tag 2011 beschlossenen Maßnahmen und Initiativen nach?
58. Mit welchen konkreten Maßnahmen unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit die Regierungen Osteuropas, Russlands und der

GUS Staaten in ihrem Kampf gegen HIV/Aids (bitte einzeln nach Staaten differenzieren) und welche Haushaltsmittel sind hierfür in den Jahren 2012 und 2013 vorgesehen?

59. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um zur Umsetzung des Europäischen Aktionsplan HIV/AIDS (2012–2015) beizutragen und welche Haushaltsmittel stehen dafür zur Verfügung?
60. In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung das Thema HIV/Aids und die dramatischen Steigerungen in Osteuropa, Russland und den übrigen GUS-Staaten auf den nächsten G-8 Gipfeln zu verankern?

Berlin, den ... November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion